

B U D G E T

Stellung genommen

Diese Woche war eine der Stellungnahmen zum Staatshaushaltsentwurf 2022 und zum Mehrjahreshaushalt bis 2025. Der Conseil supérieur des finances publics hat an beiden wenig auszusetzen: Luxemburg sei besser durch die Corona-Krise gekommen als der Rest der Eurozone, das Defizit im Zentralstaat sehe beherrschbar aus, und die Staatsschuld bleibe bis 2025 deutlich unter dem Limit von 30 BIP-Prozent, das die Regierung sich

im Koalitionsvertrag gesetzt hat. Längerfristig plädiert der CNFP für eine weitere Rentenreform. Die Handwerkskammer begrüßt für ihre Mitglieder, dass die öffentlichen Investitionen hoch bleiben, und ist angesichts der Niedrigzinslage einverstanden damit, dass zur Finanzierung der Defizite von 2,9 Milliarden Euro bis 2025 Kredite aufgenommen werden können. Für den öffentlichen Wohnungsbau wiederholt die Handwerkskammer ihren Wunsch nach Public-private partnerships. Die Arbeitnehmerkammer beklagt, dass die Regierung nicht genug gegen die steigenden Energiepreise unternehme. Sie möchte die Energiepreise vorübergehend einfrieren und die Einnahmen aus der CO₂-Steuer nicht nur zur Hälfte, sondern ganz zum sozialen Ausgleich nutzen lassen. Die Handelskammer sieht im Haushaltsentwurf „Anlass zum Optimismus“, findet aber die Inflationsentwicklung und die gestiegenen Energiepreise bedenklich und das Staatsbudget nicht kohärent genug um Digitalisierung, Diversifizierung und Energiewende zu begleiten. pf